

Von: ÖDP Bayern - Urban Mangold [<mailto:urban.mangold@oedp-bayern.de>]

Gesendet: Donnerstag, 2. August 2018 19:08

An: ob-buero@passau.de

Betreff: Antrag der ÖDP-Stadtratsfraktion zum Mindestlohn auf anliegenden Schiffen

Urban Mangold

(für die ÖDP-Stadtratsfraktion)

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Dupper

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte Sie, den folgenden Antrag dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen:

Antrag:

Die Stadt Passau prüft, insbesondere in ihrer Funktion als Ländebehörde, alle Möglichkeiten, mit denen man gegen die Umgehung des gesetzlichen Mindestlohns auf in Passau anliegenden Schiffen verhindern bzw. eindämmen kann.

Begründung:

Die Erkenntnisse des LKA (PNP Bayern vom 11.7.2018), dass im Mai auf zwei von drei untersuchten Schiffen, Menschen im Hotelbereich für einen „Lohn“ von 2,86 Euro brutto schufteten mussten, sind schrecklich und alarmierend. Die Stadt Passau darf nach meiner Überzeugung „Ausbeutung unter Deck“ nicht hinnehmen.

Wenn es rechtlich möglich ist, sollte die Passauer Ländeordnung so geändert werden, dass ausbeuterischen Reedereien das Anlegen verweigert wird. Am besten wäre ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen Donaustädten, um den Mindestlohn und menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch auf den Schiffen durchzusetzen. Der Grundsatz der Bayerischen Verfassung, dass man von jeder ehrlichen Arbeit leben können muss, darf sich nirgendwo in Luft auflösen.

Mit freundlichen Grüßen

Urban Mangold